

Deutschland weiterhin Lieblingszuwanderungsland bei Asylanten

Manche Dinge ändern sich nicht. Hierzu gehört auch das Lieblingseinzugsland für Asylanten in der EU: Deutschland. Dieses bleibt weiterhin Hauptzielland. Das geht aus dem neuen Jahresbericht der EU-Asylagentur EASO hervor, der am Donnerstag in Brüssel vorgestellt wird. Danach kamen im Jahr 2019 rund 22 Prozent aller legal eingereisten Asylbewerber in der EU nach Deutschland (insgesamt 165.615), gefolgt von Frankreich (17 Prozent, 128.940) und Spanien (16 Prozent, 117.795). Die illegalen Einreisen können natürlich nur geschätzt werden und kommen hinzu.

Die Gesamtzahl der Asylanten in Deutschland – also auch der in den Vorjahren eingereisten Personen – gibt die EU-Behörde mit 1,1 Millionen an, etwa die Hälfte davon sind Syrer, soweit dies festgestellt werden kann. Deutschland sei damit 2019 im globalen Vergleich nach der Türkei, Pakistan und Uganda das Land gewesen, das insgesamt am meisten Asylsuchende aufgenommen hat.



In vielen Städten demonstrieren Bürgerinnen und Bürger gegen die massiven Einschränkungen, die im Zuge der Coronakrise beschlossen wurden. Regelmäßig beteiligen sich auch Mitglieder und Anhänger unserer Partei an den Kundgebungen, da aus unserer Sicht die Eingriffe völlig überzogen sind und die Freiheitsrechte der Bevölkerung unverhältnismäßig beeinträchtigen. Mit einer Lockdown-Politik wurde unsere Wirtschaft lahmgelegt. Die Folgen werden wir noch über Jahrzehnte spüren. Kritik ist keine Leugnung von Gefahren, sondern unser Recht auf Meinungsfreiheit und dieses lassen wir uns nicht nehmen.

344 von 759 Milliarden an die EU sollen 2021 bereitstehen

Aus dem geplanten 750-Milliarden-Programm zur Bewältigung der Corona-Wirtschaftskrise in der EU könnten im kommenden Jahr bereits 344 Milliarden Euro auszahlungsreif sein. Das geht aus am Mittwoch vorlegten Vorschlägen der EU-Kommission zum europäischen Gemeinschaftshaushalt 2021 hervor. Demnach sollen 211 Milliarden Euro in Form von nicht zurückzahlbaren Zuschüssen (also geschenkt) und 133 Milliarden in Form von Krediten zur Verfügung stehen. Bei letzterem stellt sich natürlich die Frage, ob auf eine Rückzahlung wirklich bestanden wird. Den Bärenanteil der Gelder muss Deutschland aufbringen. Der reguläre EU-Haushalt des Jahres 2021 soll nach dem Vorschlag der Brüsseler Behörde Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 166,7 Milliarden Euro ermöglichen. Im Vergleich zum Haushalt 2020 entspricht dies einem Minus von 9,7 Prozent. Für die effektiven Auszahlungen in 2021 sieht die Kommission 163,5 Milliarden Euro vor (+ 0,8 Prozent).

Stuttgart und die Krawallmigranten

Zerstörte Fensterscheiben, geplünderte Geschäfte, verletzte Polizisten, demolierte Streifenwagen: Binnen weniger Stunden versank Stuttgart in Chaos und Gewalt. Ein wütender Mob, der offenbar überwiegend sich aus Migranten zusammengesetzt hat, hat aufgeräumt mit dem Image einer bürgerlich-beschaulichen Stadt. Inzwischen wird bereits von den schwersten Krawallen in der Stadt seit Kriegsende gesprochen.

Für den grünen Ministerpräsident Kretschmann und dem Oberbürgermeister Fritz Kuhn (noch grüner), brauchen an diesem Tag sicherlich einige multikulturellen Träumereien zusammen. Mit ihrem Auftritt in der Stuttgarter City wollten sie verzweifelt der

breiten Öffentlichkeit ein anderes Bild vermitteln, was nicht gelang.

Die Erinnerung allerdings, dass dieser Staat handlungsfähig ist, war überfällig. 19 Polizisten wurden bei diesem Einsatz verletzt, teilweise schwer. Eine schnelle Rückkehr zur Routine verbietet sich schon allein deswegen. Die Männer und Frauen, die für diesen Staat – für uns – den Kopf hinhalten, brauchen die klare Botschaft, dass dieser Staat sofort zur Stelle ist und ihnen mit aller Kraft hilft, wenn sie selbst ihn einmal brauchen. Etwas Ähnliches darf sich nicht wiederholen, auch wenn es zu gerne von den Zuwanderungsanhängern vergessen würde. Es hat sich ohnehin schon zu oft wiederholt. Der Rechtsstaat wurde herausgefordert und nun lässt sich

das Problem mit nicht integrierbaren Parallelwelten kaum noch schönreden.

Das Schutz-Versprechen an die Polizisten aber ist nicht so leicht einzulösen. Es könnte sich im Fall Stuttgart als schwieriger erweisen. Was immer mehr Polizisten in anderen Städten erleben müssen, eskalierte in Stuttgart völlig. Auch der Versuch, die Ausschreitungen einer „Partyszene“ zuzurechnen scheiterte, an der Vielzahl von Videos, die als Mitschnitte im Internet abrufbar sind. Offen ist nur noch, wie stark die linke Szene in die Ausschreitungen einbezogen war. Verwundern würde es nicht, denn der Hass auf Staat und Polizei eint die Gruppen.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

7,3 Millionen Arbeitnehmer befinden sich bereits in Kurzarbeit

Die Zahl der Arbeitnehmer in Kurzarbeit erreicht ein neues Rekordhoch. Der Lockdown führt zu einer Rekordzahl nach dem Krieg. Insgesamt geht das Ifo-Institut von 7,3 Millionen Kurzarbeitern im Mai aus. Es bezieht sich dabei auf Beschäftigte, die tatsächlich in Kurzarbeit sind. Die Zahl der Beschäftigten, für die grundsätzlich Kurzarbeit angemeldet ist, liegt höher. Die Schätzung beruht auf Daten aus der Konjunkturumfrage des Instituts.

1,47 Millionen Beschäftigte und damit 26 Prozent der Sozialversicherungspflichtigen z.B. in Bayern befanden sich im Mai in Kurzarbeit. Damit erreicht der Freistaat sowohl prozentual als auch in absoluten Zahlen den höchsten Wert im Ländervergleich, wie aus einer Schätzung des Münchner Instituts hervorgeht. Auch im minimal bevölkerungsreicheren Nordrhein-Westfalen sind nicht so viele Menschen in Kurzarbeit. Gerade in den Ländern mit bedeutender Automobil- und Zuliefererindustrie wird besonders viel Kurzarbeit gefahren, erläutert Ifo-Experte Link die hohen und unterschiedlichen Zahlen. Geht man nach dem Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, folgen auf Bayern Baden-Württemberg und die in der Schätzung zusammengefassten Länder Niedersachsen und Bremen mit jeweils 23 Prozent.

Am geringsten ist die Kurzarbeit demnach in Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in Rheinland-Pfalz und im Saarland mit 17 Prozent verbreitet.

Massiver Anstieg von linksextremen Straftaten

Die Zahl von linksextremistisch motivierten Straftaten ist im Jahr 2019 deutlich gestiegen: Eine interne Aufstellung des Bundesamts für Verfassungsschutz verzeichnet einen Anstieg um rund 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Jahr 2019 seien 6.449 solcher Delikte registriert worden, im Jahr 2018 waren es demnach 4.622. Damit wird das Problem dieser Extremismusform drastisch verdeutlicht. Der Analyse zufolge nahmen vor allem die Fälle von Sachbeschädigungen und Brandstiftungen zu. In zwei Fällen sei es 2019 zu versuchten Tötungsdelikten gekommen, im Jahr zuvor sei keines registriert worden.

Einen besonders deutlichen Anstieg von Gewaltdelikten habe es in Sachsen, Berlin und Brandenburg gegeben. Bundesweit rechnete der Verfassungsschutz im vergangenen Jahr 33.500 Menschen dem linksextremistischen Spektrum zu. 2018 waren es noch 32.000. Die Zahl der als gewaltorientiert eingestuften Linksextremisten sei um 2,2 Prozent auf 9.200 Menschen gestiegen.

Der Begriff „Rasse“ und die Verwendung im Grundgesetz

Der Vorstoß der Grünen zur Streichung des Begriffs "Rasse" aus dem Grundgesetz ist Ergebnis der Geschehnisse in den USA. Über Jahrzehnte störte sich keiner an der Begrifflichkeit. Nun soll die Bezeichnung aus dem Grundgesetz und mehreren Landesverfassungen gestrichen werden, denn sie spaltet angeblich die Gesellschaft. Dabei finden die Grünen

Befürworter bei allen Altparteien. Als würde es aktuell nicht wichtige Probleme geben, wird akribisch nach Stellen gesucht, in denen eine Verwendung erfolgte. Im Grundgesetz und Landesverfassungen wurde man schon fündig, danach in Kirchenliedern. Diese Scheindebatten sind wieder ein gelebtes Beispiel dafür, wie problemfern unsere Politiker bereits sind. Wir dürfen gespannt sein, welche Wortspiele jetzt entwickelt werden, um die Begrifflichkeit nicht mehr zu verwenden und wie lang dieses Wort dann politisch korrekt ist.

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>**

Jetzt informieren

- O Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung**
- O Ich möchte Mitglied werden**
- O Ich bitte um weiteres Infomaterial**

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mv@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.